

KOMMENTARE



Letzter Leuchtturm?

Die Kanzlerin und der Aufstieg der Rechtsnationalisten

► JOACHIM ZINSEN

Am vergangenen Sonntag stieg die über allem Schwebende herab und verkündete, was zu erwarten war: Ja, sie will Kanzlerin bleiben. Ihre Jünger jubelten und überhöhten sie gleich zum letzten Leuchtturm einer freien, liberalen Welt.

Natürlich: Verglichen mit einer Marine Le Pen, einem Victor Orban, einem Donald Trump und all den anderen menschenfeindlichen Rechtsnationalisten ist Angela Merkel eine Lichtgestalt. Aber der Befund darf über eines nicht hinwegtäuschen: Den gesellschaftlichen Morast, auf dem derartige Sumpfbüden gedeihen können, hat in Europa die Kanzlerin mit angerührt.

Nein, es geht jetzt nicht um Merkels Flüchtlingspolitik. Sie hat nur etwas zum Kochen gebracht, dessen Ursachen tiefer liegen. Wenn sich heute die etablierten politischen Kräfte in Deutschland, vor allem aber in vielen unserer Nachbarländer mit einem Ansturm rechter Wutbürger konfrontiert sehen, dann ist das in erster Linie die Folge einer verhängnisvollen Wirtschaftspolitik, die maßgeblich von der Bundesregierung entworfen wurde.

Seit Jahren hören die Menschen in Europa immer die gleiche Litanei. Nämlich: Nur wenn das Einkommen der Arbeitnehmer sinkt, Arbeitsmärkte dereguliert werden und der Staat an allen Ecken und Enden spart, kann es wirtschaftlich wieder aufwärts gehen. Merkel und ihr Finanzminister Wolfgang Schäuble zählen zu den lautstärksten Herolden dieser Austeritätspolitik. Rigoros setzen sie ihren Kurs in der EU durch. Staaten, die sich dem verweigern, wird via Brüssel mit Sanktionen gedroht.

Doch längst müsste klar sein: Diese Politik ist gnadenlos gescheitert. Acht Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise stagniert die Euro-Zone wirtschaftlich immer noch. Selbst dort, wo es – wie in Deutschland – eine leichte Erholung gibt, profitiert nur ein Teil der Bevölkerung davon. Dadurch hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich unter den europäischen Gesellschaften und innerhalb der europäischen Gesell-

schaften vertieft. Allein in Deutschland verdoppelte sich während der vergangenen fünf Jahre die Zahl der Menschen, die von Armut bedroht sind.

Noch schlimmer sieht es in anderen Staaten aus. Wohlstands- und Aufstiegs Glaube, die eng mit der europäischen Idee verknüpft waren, haben sich vielerorts in Luft aufgelöst. Wundert es da wirklich jemanden, dass sich Abstiegsängste bis in die europäischen Mittelschichten hineingefressen haben?

Politisch droht Europa heute der Kollaps. Auch weil Teile der Linken, in Deutschland namentlich die Spitzenleute der SPD, in den vergangenen Jahren den neoliberalen Dogmen der Konservativen allenfalls halbherzig widersprochen haben. Nicht zuletzt deshalb haben sie Teile ihrer alten Anhängerschaft an rechte Demagogen verloren, die es in erschreckendem Maße verstehen, den berechtigten Zorn vieler Menschen auf Sündenböcke wie Flüchtlinge, Ausländer oder Muslime umzulenken.

Abrupte Kehrtwende?

Was also tun? Ohne eine radikale Abkehr von der zerstörerischen Spar- und Kürzungspolitik wird es schwer sein, den Vormarsch der Nationalisten zu stoppen. Von Schäuble ist diese Einsicht nicht zu erwarten. Er ist zu sehr in seiner neoliberalen Welt gefangen. Aber Angela Merkel? Sie hat in der Vergangenheit einige abrupte Kehrtwendungen hingelegt. Etwa in der Atompolitik.

Heute steht Merkel vor einer ähnlichen Herausforderung. Sie muss sich zu einem Kurs durchringen, der den über Jahre geschumpften Sozialstaat wieder deutlich stärkt, der für Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland sorgt, der den europäischen Partnern Luft zum Atmen lässt. Ob sie dazu bereit ist, darf bezweifelt werden. Doch nur wenn sie sich neu orientiert, kann sie tatsächlich zu dem werden, was ihre Jünger in ihr sehen wollen: zum Leuchtturm einer freien, liberalen, vor allem aber menschenfreundlichen Welt.

► j.zinsen@zeitungsverlag-aachen.de



Keine kuscheligen Aussichten: Vielleicht dachte die Kanzlerin gestern im Bundestag ja schon an den bevorstehenden Wahlkampf. Wellness wie gewohnt wird's für Angela Merkel nicht. Sie polarisiert wie noch nie zuvor in ihrer Amtszeit. Foto: dpa

Noch ein „Neuland“ für Merkel

Wenn am Info-Stand die Fetzen fliegen: Die CDU stellt sich auf einen extrem schwierigen Wahlkampf ein – zwischen den Fronten von AfD und Rot-Rot-Grün, auf der Straße und auch im Internet.

VON HAGEN STRAUSS

Berlin. Schon während der Landtagswahlkämpfe in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern berichteten viele Wahlkämpfer von aggressiven Auseinandersetzungen, von Beleidigungen und Pöbeleien an den Info-Ständen. Die Union ist gewarnt. Im Konrad-Adenauer-Haus der CDU blickt man mit Sorge auf das, was im Bundestagswahlkampf auf die Mitglieder zukommen könnte. Erst recht, da Angela Merkel wieder als Kanzlerkandidatin ins Rennen geht.

Im nächsten Jahr betritt die Regierungschefin „Neuland“ – es wird ihre erste Wahlauseinandersetzung sein, in der sie einen extremen „Zweifrontenkampf“ führen muss, wie es aus ihrem Umfeld heißt. Gegen die AfD rechts, gegen Rot-Rot-Grün links.

„Sie kennen mich“ – Merkels Satz an die Bürger, mit dem sie 2013 im TV-Duell

Aggressive Botschaften und Pöbeleien: Die CDU rechnet mit einem harten Wahlkampf. Archivfoto: dpa

gegen SPD-Mann Peer Steinbrück ihre Wiederwahl sicherte, zieht nicht mehr. Im Gegenteil: Sie polarisiert wie noch nie zuvor in ihrer Amtszeit. Die kuscheligen Wellness-Wahlkämpfe sind vorbei. Deshalb will die Union auf Merkel allein den Wahlkampf nicht zuschneiden, auch wenn mit ihr der Faktor „Stabilität“ betont werden soll.

Um die vermeintlich Frustrierten in der Gesellschaft „abzuholen“, setzt man auf die traditionellen Themen beim Parteitag in Essen am 6. und 7. Dezember und danach bis zur Bundestagswahl: Den Ausbau der inneren Sicherheit, die stärkere Begrenzung der Zuwanderung und ganz konkret ein Verbot der Vollverschleierung, wo es rechtlich möglich ist.

Solche Beschlüsse und Vorhaben sind allerdings nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen müssen die Mitglieder im Straßwahlkampf für die Inhalte werben. Und für die Spitzenkandidatin Merkel. In der Union gibt man un-

verhohlen zu, dass das schwierig und hart werden wird. Vor allem die Jünger in der Partei werden im kommenden

Jahr wohl zum ersten Mal erleben, wie es ist, wenn bei öffentlichen CDU-Veranstaltungen jemand lauthals und aggressiv schreit: „Merkel muss weg!“ Zuletzt gab es das bei Helmut Kohl. Oder wenn man in der Fußgängerzone übel angegangen wird, weil man für die CDU wirbt. Nicht jeden lässt das kalt.

Von Ertüchtigung der Mitglieder für solche Fälle ist daher bereits die Rede, von einer neuen internen Mobilisierungskampagne. Die Basis und die Kandidaten sollen lernen, dass es inzwischen der Normalfall ist, wenn am Info-Stand die Fetzen fliegen. Dafür laufen derzeit die Vorbereitungen.

Aber die Union treibt noch mehr um – so wie die anderen Parteien auch. Gemeint ist eine mögliche Einflussnahme von außen. Und zwar über das Internet. Im US-Wahlkampf hat sich gezeigt, wie ausländische Hacker Infos streuten

oder manipulierten, die vor allem Hillary Clinton schaden. Das könnte auch in Deutschland passieren. Deshalb wird derzeit nach einer Strategie gesucht, wie die CDU auf die ungefilterte Verbreitung von Falschnachrichten im Netz, auf „Fakes“, in der heißen Phase des Wahlkampfes reagieren kann.

Gleiches gilt für die sogenannten Social Bots, also für Programme, die künstlich Tausende Nutzerprofile in Sozialen Netzwerken wie Twitter und Facebook erstellen und beliebig ferngesteuert massenweise Kommentare abgeben. Selbst einsetzen wollen die Parteien sie nicht. Andere wird das aber nicht abhalten, auf diese Art der Meinungsmanipulation zu setzen. Auch das sieht man in der CDU mit großer Sorge.

Fazit: Der Wahlkampf 2017 wird komplett anders werden – auf der Straße und in der digitalen Welt.

K-Frage: SPD-Politiker ermuntern Gabriel

Sozialdemokraten verschiedener Parteiflügel haben den zögernden SPD-Chef Sigmar Gabriel zur Kanzlerkandidatur aufgerufen. „Ich bin sicher, dass Sigmar Gabriel der Kanzler ist, den Deutschland jetzt braucht“, sagte Bremens Bürgermeister Carsten Sieling. Er wird dem

linken Flügel zugerechnet. Auch der Sprecher des konservativen Seeheimer Kreises, Johannes Kahrs, machte sich für Gabriel stark: „Er ist gut. Er kann das. Er sollte das machen.“ Fraktionschef Thomas Oppermann will am Plan festhalten, den Kandidaten im Januar zu küren.



Auf Kosten anderer

Der steuerliche Nationalismus ist töricht

► WERNER KOLHOFF (BERLIN)

Der steuerliche Unterbietungswettbewerb, in den Großbritannien, die USA und als kleiner Mitläufer auch Ungarn nun eintreten wollen, wird massive negative Folgen haben. Erstens für die eigene Bevölkerung. Wenn die Rechnung nämlich nicht aufgeht, damit Unternehmen aus anderen Staaten anzulocken, werden die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer in den Haushalten fehlen. Und dann gibt es nur zwei Lösungen: Steuererhöhungen bei der arbeitenden Mittelschicht – oder Streichung sozialer Leistungen, von Bildung bis Rente.

Wer May, Trump oder Orban gewählt hat, wird es spätestens dann bereuen. Nur reiche Leute können sich einen armen Staat leisten.

Wenn die Rechnung aber aufgeht, ist es überhaupt nicht besser. Schon einmal gab es eine solche Steuersenkungswelle, ausgelöst von den Neoliberalen. Inzwischen weiß man, dass die Konzerne ihre Gewinne hin- und hertransferiert haben, um am Ende gar nichts mehr zu zahlen.

Dass mit den riesigen Gewinnen herumspekuliert wurde auf Immobilien- und Aktienmärkten. Bis zum Crash. Man hätte gedacht, die Welt sei seit der großen Finanzkrise 2008 geheilt von dieser Idiotie. Mühsam hatte sich die Staatengemeinschaft daran gemacht, die schlimmsten Auswüchse zu korrigieren und die Steuerschlupflöcher zu schließen.

Nun kommt das alles wieder. Das Argument, hier würden satte Staaten endlich mal wieder auf Trab gebracht, ihre Steuersysteme wirtschaftsfreundlich zu reformieren, schlägt fehl. Das ist weder Motiv noch Hintergrund der aktuellen Maßnahmen. Hintergrund ist vielmehr, dass Länder, die auf Abschottung setzen und Freihandelsbündnisse aufkündigen, in der vernetzten Weltwirtschaft ökonomisch zurückfallen. Sie versuchen nun schlichtweg, auf anderer Länder Kosten zu leben.

Das wird nicht gut ausgehen. Der Nationalismus, auch der steuerliche, ist töricht. ► an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

Der Finanzminister gibt den Mahner

Bundestag debattiert über den Haushalt für 2017. Schäuble warnt vor Risiken und Steuerwettlauf.

VON STEFAN VETTER

Berlin. Der Bundeshaushalt 2017 ist der letzte Etat, den die Koalition in dieser Legislaturperiode beschließen wird. Deshalb lag auch schon ein Hauch von Wahlkampf über den gestern gestarteten Schlussberatungen im Bundestag.

Manchmal rutschte Wolfgang Schäuble in seinem Rollstuhl ungeduldig hin und her. Ein anderes Mal legte sich seine Stirn tief in Falten. Dann las der Finanzminister wieder angestrengt in seinen Unterlagen. Bevor Schäuble zu

Wort kam, hatten sich schon ein paar Redner der Opposition am Etatentwurf abgearbeitet. Und ihr Urteil fiel naturgemäß vernichtend aus. Von einem „Haushalt der verpassten Chancen“ sprach der Grüne Sven-Christian Kindler. Die Linksabgeordnete Gesine Lötzsch warf der großen Koalition Totalversagen im Kampf um soziale Gerechtigkeit vor: „Die Reichen werden verschont, die Mittelschicht muss löhnen.“

Zweifellos sorgte das bei Schäuble für Verdross. Sein Zahlenwerk kann sich nämlich durch-

aus sehen lassen. Dank Rekordbeschäftigung, niedriger Zinsen und üppiger Steuereinnahmen braucht der Kassenwart schon im vierten Jahr in Folge keine neuen Schulden zu machen. Obendrein werden die Gesamtausgaben noch einmal leicht erhöht. Mehr als die Hälfte davon, nämlich 52 Prozent, sind für Soziales reserviert. Fast jeder fünfte Euro dient der Entlastung von Ländern und Kommunen. Und mit 36 Milliarden Euro, so rechnete man es im Regierungslager vor, ist auch das Investitionsvolumen so groß wie seit Jahren nicht mehr.

So hätte es nicht verwundert, wäre Schäuble schnell in Selbstlob verfallen. Doch er gab über weite Strecken seiner Rede den Mahner, sich „auf den erreichten Erfolgen nicht auszuruhen“. Die Lage werde in den kommenden Jahren „nicht einfacher, sondern eher herausfordernder“.

Tatsächlich ist der Niedrigzins-Effekt, also eine billige Altschuldenbedienung, weitgehend ausgeleert. Noch tiefer können die Zinsen nicht fallen. Eher dürften sie wieder zulegen. Auch die Steuerwüchse stoßen an Grenzen. Durch die Alterung der Gesellschaft wiederum kommen neue Lasten auf die Sozialkassen zu. Auch könnte Deutschland zu noch höheren Verteidigungsausgaben gezwungen sein, als sie bereits eingeplant

sind. Schließlich hatte der neue US-Präsident Donald Trump im Wahlkampf angekündigt, das Engagement seines Landes für die Nato zurückzufahren.

Und dann ist da noch die Ankündigung Großbritanniens, die Steuern für Unternehmen massiv zu senken. Bereits am Montag hatte Schäuble diesen Vorstoß als „unerwünschte Abwärtsspirale“

„Die Reichen werden verschont, die Mittelschicht muss löhnen.“

GESINE LÖTZSCH (LINKE)

gerügt. Im Bundestag bekräftigte er seinen Standpunkt: „Da müssen wir dagegenhalten.“ Auch für den Wahlkampf hatte Schäuble eine Empfehlung parat, nämlich „so ehrlich wie möglich“ über die Herausforderungen und die Alternativen zu reden.

Der Bundestag wird bis Freitag über den Haushalt debattieren. Für heute ist die traditionelle „Elefantenrunde“ angesetzt, in der neben der Kanzlerin die Oppositionsspitzen das Wort ergreifen. Angela Merkel saß übrigens auch schon zum Auftakt der Beratungen auf der Regierungsbank, um Schäuble demonstrativ den Rücken zu stärken. Als der Finanzminister mit seiner Rede fertig war, verließ sie den Saal. ► Kommentar

ANSICHT

„Das entscheidet die SPD – und der, der's wird, hat die Ehre, zu verlieren.“

BUNDESFINANZMINISTER WOLFGANG SCHÄUBLE (CDU) AUF EINE FRAGE ZUR KANZLERKANDIDATEN-KÜR BEIM KOALITIONSPARTNER SPD

Der Bundeshaushalt 2017

Der Bundeshaushalt 2017 beträgt 329,1 Milliarden Euro. Davon entfallen auf die einzelnen Ministerien:

Arbeit und Soziales	137,58 Mrd. Euro
Verteidigung	37,00
Verkehr und digitale Infrastruktur	27,91
Bundesschuldendienst	19,99
Bildung und Forschung	17,65
Gesundheit	15,16
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	9,52
Innere	8,98
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	8,54
Wirtschaft und Energie	7,73
Finanzen	6,19
Ernährung und Landwirtschaft	6,00
Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	5,62
Auswärtiges Amt	5,23
Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	2,80
Justiz und Verbraucherschutz	0,84

Grafik: AN/dpa, Quelle: Bundesfinanzministerium